



Neue Schlaglichter zu jüdischem Leben auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt online

Im Rahmen seines Internetangebotes „Jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt. Eine archivische Spurensuche“ hat das Landesarchiv jetzt vier neue Beiträge veröffentlicht, die sich den Themen Enteignung und Deportation während des Nationalsozialismus zuwenden.

Während der Zeit des Nationalsozialismus wurden antisemitische Ressentiments aufgegriffen und im Dienste eines ethnischen Nationalismus gezielt zur Rechtfertigung einer systematischen Ausgrenzung und Entrechtung der jüdischen Bevölkerung herangezogen. Die Nationalsozialisten hoben mit den Nürnberger Rassegesetzen die prinzipielle Gleichheit der Staatsangehörigen auf. Fortan sollten die Staatsbürgerschaft und die damit verbundenen Rechte nicht mit der Staatsangehörigkeit einhergehen, sondern über eine willkürlich festgelegte Abstammung definiert werden. Es wurde zwischen „Reichsbürgern“ als Träger der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten und einfachen Staatsangehörigen unterschieden. Damit war die individuelle Entscheidungsfreiheit über die eigene Identität und Zugehörigkeit faktisch aufgehoben: Wer auf dem Staatsgebiet geboren war und/oder lebte, verfügte lediglich noch über die Staatsangehörigkeit, konnte aber die Staatsbürgerschaft niemals erwerben, wenn er jüdischer oder nichtdeutscher Abstammung war. Durch den willkürlichen Entzug der Staatsbürgerschaft verloren die Bürgerrechte insgesamt ihre Funktion von Schutzrechten gegenüber staatlichen Eingriffen. Das dahinterstehende Ziel der Nationalsozialisten war die faktische Entmündigung der gesamten Bevölkerung.

Die systematische Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung diente einerseits dazu, eine über ihre Abstammung definierte, rechtlose und zugleich willfährige „Schicksalsgemeinschaft“ unter der freien Verfügungsgewalt der Nationalsozialisten zu formen. Andererseits konnte die nunmehr auch formal rechtlose jüdische Bevölkerung scheinbar legal enteignet und in die Konzentrationslager deportiert werden.

Um Staat und Wirtschaft unter Kontrolle zu bringen und jedwede Opposition ausschalten zu können, strebten die Nationalsozialisten eine Gleich-

PRESEMITTEILUNG



schaltung und **sogenannte Arisierung** an, die eine Besetzung der Führungspositionen mit NSDAP-Anhängern vorsah. Wie das Beispiel der **Gleichschaltung der Zuckerindustrie und des Ausschlusses jüdischer Industrieller aus Landwirtschaftsverbänden** aus dem Jahr 1933 zeigt, rief die Gleichschaltung zwar Kritik hervor, die Diskriminierung des Jüdischseins wurde jedoch nicht explizit kritisiert.

Zur Politik der Arisierung gehörte insbesondere die **Enteignung** von jüdischen Unternehmen, wie das **Warenhaus Emil Joske in Weißenfels**, das nach dem Tod des Eigentümers 1933 aufgrund des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens enteignet und „arisiert“ wurde.

Diese Maßnahmen zielten nicht nur auf die Ausgrenzung, sondern letztlich auf die **Deportation** und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung ab. Um diesen Tatbestand zu verschleiern und den Maßnahmen zur Abwicklung den Anschein der Legalität und Ordnungsmäßigkeit zu verleihen, wurde die Deportation in den behördlichen Unterlagen als „Wohnsitzverlegung“ bezeichnet. Die Betroffenen mussten dabei für die entstehenden Kosten mit ihrem Vermögen selbst aufkommen. Die **„Wohnsitzverlegung“ des Menko Israel Hart (1863–1943) von Dessau nach Theresienstadt** veranschaulicht dieses Vorgehen.

Einen Eindruck von der systematischen Durchführung der Deportationen vermittelt eine **Liste der Orte, aus denen jüdische Einwohner evakuiert werden sollten**.

Die Vorstellung relevanter Quellen zur jüdischen Geschichte des heutigen Sachsen-Anhalts wird in den kommenden Monaten fortgesetzt und zudem um systematische Recherchezugänge erweitert, die allen Interessierten weiterführende Forschungen erleichtern. Als historisches Gedächtnis des Landes Sachsen-Anhalt möchte das Landesarchiv damit einen vertiefenden Zugang zur Landesgeschichte mit ihren vielfältigen Facetten erleichtern.

Das kontinuierlich erweiterte Angebot finden Sie auf der Homepage des Landesarchivs: <https://landesarchiv.sachsen-anhalt.de/startseite/>



SACHSEN-ANHALT

Landesarchiv

Kontakt:

Dr. Detlev Heiden
Leiter
Landesarchiv Sachsen-Anhalt
Brückstraße 2
39114 Magdeburg

Tel. 0391/59806-0
Fax: 0391/59806-600
poststelle@la.sachsen-anhalt.de
www.landearchiv.sachsen-anhalt.de